

An den Landrat
des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Moltkestr. 42

Helmut Schäfer
Fraktionssprecher
TEL 02263/1599
Helmut.Schaefer@gruene-oberberg.de

51641 Gummersbach

9.11.2009

Antrag zur Kreistagssitzung am 12.11.2009

Sehr geehrter Herr Landrat,

zu TOP 7 ÖT „Neufassung der Hauptsatzung“ stellt die die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN folgenden Antrag zur Sache:

Die Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises wird an geeigneter Stelle wie folgt geändert:

1. Die Ernennung bzw. Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und Angestellten des Kreises ab der Besoldungs-/Gehaltsstufe A13/TVöD-Entgeltgruppe 13 wird auf den Kreisausschuss übertragen.
2. Die Ernennung von Dezernenten erfolgt auf 5 Jahre.
3. Die Besetzung von Dezernenten-Stellen wird in- und extern ausgeschrieben. Dies gilt auch für Stellen mit vergleichbarer Dotierung. Die Ausschreibungsunterlagen werden vom Kreisausschuss gesichtet und bewertet. Die Bewerber/Bewerberinnen werden auf Wunsch zur Vorstellung in den Kreisausschuss geladen.

Begründung:

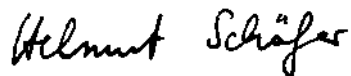
Frühere Hauptsatzungen des Oberbergischen Kreises enthielten unter dem Stichwort „Personalangelegenheiten“ u.a. Festlegungen für Ernennungen von Beamten/Angestellten des Kreises durch den Kreisausschuss. Die Hauptsatzung anderer Kreise (z.B. des Kreises Mettmann) enthalten auch Vorschriften für Ernennungen von Spitzenbeamten auf Zeit. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Meinung, dass die Aufnahme der o.g. Regelungen Sinn macht.

In den vergangenen Jahren erfolgte die Wiederbesetzung von Amtsleiter- und Dezernenten-Stellen ohne Mitwirkung des Kreistages bzw. seiner Gremien. Dabei wurde nach Meinung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zumindest eine Mentalität der „Bestandssicherung nach Gutsherrenart“ durch die Kreisspitze praktiziert. An keiner Stelle wurde über die Notwendigkeit der Wiederbesetzung von Spitzenämtern der Politik gegenüber Rechenschaft abgelegt. Auch die „strukturierte Aufgabenanalyse“ - so wie sie den Gremien des Kreistages vorgestellt

wurde - enthielt keinen Ansatz von Reflexion über die Straffung von Hierarchiestufen der Verwaltung oder die nennenswerte Zusammenlegung von größeren Verwaltungseinheiten. Im Gegenzug wurden lediglich Stellen im Unter- und Mittelbau der Verwaltung abgebaut. Die Vorgabe der Politik in der letzten Kreistagsperiode über den Abbau von 30 Stellen beinhaltet im Verständnis der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Notwendigkeit, auch Spitzenpositionen in die Personaleinsparung mit einzubeziehen. Das setzt allerdings die grundsätzliche Bereitschaft voraus, über die künftige Aufbauorganisation der Verwaltung nachzudenken. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht hierfür in der Vergangenheit keine Ansätze. Aus diesem Grunde scheint es nötig, die künftige Wiederbesetzung (zumindest bis zur Vorlage einer Reform des Verwaltungsaufbaus) einer kritischen Überprüfung im Einzelfall durch die Politik zu unterziehen.

Darüber hinaus kann es nicht angehen, dass den „einfachen“ Mitarbeitern der Kreisverwaltung immer mehr abverlangt wird (Einschnitte in der Bezahlung, Mehrarbeit, Stellenabbau und damit eine schärfere Arbeitsorganisation u.a.), während die Spitzenämter der Verwaltung unangetastet bleiben. Schon in der Vergangenheit wurden Spitzenpositionen frei, die nach Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne Not wiederbesetzt wurden. Zudem ist es zeitgemäß und angemessen, ggf. notwendige (Wieder)Besetzungen von Spitzenpositionen künftig auf Zeit vorzunehmen. Dies trifft auch und gerade Dezernenten. Die Ausgestaltung der Funktion sollte an dem Nachweis der Leistungserfüllung gekoppelt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Schäfer, Fraktionssprecher